

Inserate werden angenommen
in Posen bei der Expeditor
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Fak. Ad. Hölsch, Hoffleferant,
Dr. Gerber- u. Breitestr.-Ede,
Ollo Reichl, in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.
Verantwortlicher Redakteur:
J. Hirschfeld in Posen.
Herausgeber: Nr. 102.

Inserate werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Lud. Wolf, Haasenstein & Vogler
v. J. Dabke & Co., Zwischenland.
Verantwortlich für den
Inseratenheil:
J. Klugkiss in Posen.
Herausgeber: Nr. 102.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Nr. 486

Freitag, 14. Juli.

1893

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich fünf Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierter-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
das Deutshland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Deutscher Reichstag

5. Sitzung vom 13. Juli, 12 Uhr.

Am Bundesrathäste: Frhr. v. Marschall, v. Bötticher,
v. Kaltenborn, bayerischer Kriegsminister v. Aich u. A.

Auf der Tagesordnung steht zunächst folgende Interpellation des Abg. Dr. Osann:

Der Unterzeichnete erlaubt sich, an den Herrn Reichskanzler die Anfrage zu richten,
ob nicht angesichts des bedauerlichen Notstandes in
Bezug auf Futter- und Streumitteln, welcher
in verschiedenen Teilen von Deutschland herrscht, vor der ge-
planten Abhaltung von Manövern in diesen Landes-
teilen für das gegenwärtige Jahr abgesehen werden kann.

Kriegsminister v. Kaltenborn erklärt sich zur Beantwortung der Interpellation bereit.

In seiner Begründung weist Abg. Dr. Osann (nl.) darauf hin, daß das Vorhandensein des Notstandes amtlich anerkannt worden ist. Die spärlichen Vorräte an Futtermitteln würden durch das Abhalten von Manövern ganz aufgezehrt werden. Eine Ent-
schädigung des entstandenen oder vielmehr später noch entstehenden Schadens werde die Militärverwaltung nicht gewähren können.

Er bitte deshalb, die Manöver für das Jahr ausfallen zu lassen. Ein militärischer Notstand werde dadurch nicht entstehen. (Bravo!)

Bayerischer Kriegsminister v. Kaltenborn-Stachau giebt in der Erwiderung zu, daß die Interpellation im Allgemeinen auf Wünschen beruhe, die in weiten Kreisen des Vaterlandes laut ge-
worden seien. Um dem allgemeinen Interesse entgegenzutreten, sei er deshalb bereit, den Standpunkt der preußischen Militärver-
waltung darzulegen. Zunächst betone er, daß das Recht, über die Abhaltung der Manöver zu entscheiden, zweifellos Seiner Majestät dem Kaiser zustehe. Die preußische Militär-Verwaltung habe dem Notstand von Anfang an die größte Aufmerksamkeit zugewendet.

Es sei schon vor längerer Zeit angeordnet worden, die Strohstreue durch andere Streumittel zu ersetzen, die Futterrationen anders zusammenzusetzen, und die Gefrieranstalten in Straßburg und Mezien angewiesen worden, sich mit Fleisch zu versorgen und das Vieh dazu in den vom Futtermangel heimgesuchten Gegenden einzukaufen. Auch sei die Frage der Manöver in Erwägung gezogen worden. Es seien in den letzten Tagen von den Generalkommandos in Verbindung mit den Civilbehörden Gutachten darüber erstattet worden, ob eine Aufhebung, Verschiebung oder Verlegung der Manöver notwendig ist. Sämtliche Gutachten ohne Aus-
nahme gingen dahin, daß zur Zeit für eine derartige Maßregel,

die im Uebrigen den Interessen der Armee in Bezug auf die kriegsmäßige Ausbildung in der entschiedensten Weise entgegenläufe, die Zeit noch nicht gekommen sei (Gelächter), daß es vielmehr zur Zeit durchaus möglich sei, durch entsprechende Anordnungen einer über-
mäßigen Belastung der Bevölkerung vorzubeugen. Es sei in Aus-
sicht genommen, den Verpflegungsbedarf im Allgemeinen von außerhalb des Manövergebietes zu beziehen. Das Bestreben werde daher gehen, die Magazinverpflegung auf Kosten der Militärver-
waltung durchzuführen. Auch die Marschförsage, die gefürchtet von der Civilbevölkerung aufzubringen wäre, würde von den Provinz-
ätern gesezt werden, desgleichen das Stroh. Zur Erleichterung der Heranschaffung der Fourage sollten Zwischenmagazine angelegt werden und das nötige Vieh in der Manövergegend ange-
kauft werden. (Heiterkeit.) In den Gegenden, in denen Wassermangel herrsche, solle durch Wissenswagen Abhilfe geschaffen werden. (Allerdings Gelächter.) Daß man das Wasser nicht für die Pferde mitnehmen könne, liege auf der Hand; die Maßregel aber, für Fußtruppen Wasser mitzuführen, sei schon häufig durchgeführt und habe sich als außerordentlich zweckmäßig erwiesen. (Heiterkeit.) Im Uebrigen sei es ja zur Zeit noch nicht ausgeschlossen, daß sich Futter- und Wasserverhältnisse bis zum Be-
ginn der Manöver besserten. Daß dies der Fall sein möge, wünsche ich im allgemeinen Interesse ebenso wie Sie.

Abg. Dr. Bachem beantragt die Besprechung der Interpel-
lation.

Dafür stimmt das ganze Haus mit Ausnahme der Mehrzahl der Konservativen und Reichsparteier.

Abg. Broekmann (Centr.) hebt hervor, daß unter den Ge-
bieten, die augenblicklich in Folge anhaltender Dürre an Stroh-
und Futtermangel leiden, wohl mit in erster Linie das Eifelgebiet stehe. Der Notstand werde ja auch von den befehligen Militär-
und Civilbehörden als vorhanden anerkannt. Das Gebiet gehöre gleichzeitig zu den ärmsten des Vaterlandes. Dort sollten nun große Kavalleriemänuver abgehalten werden, und zwar sollten die Truppen schon in 14 Tagen ausrücken. Die Einquartierung in den Kreisen Brüm und Bitburg werde dabei so stark, daß z. B. eine Stadt von 1400 Einwohnern etwa 400 Mann und über 400 Pferde Einquartierung habe. Er (Redner) habe mit den Kollegen Brün-
Arenberg und Mittelholz vor 14 Tagen dem Kriegsminister die Ver-
hältnisse dargelegt; sie seien aber an das Generalkommando und den Oberpräsidenten verwiesen worden mit dem Bemerkern, daß Anträge wegen Aufhebung der Manöver von den unteren Instanzen gestellt werden müchten. Diese hätten Ihnen ungefähr dieselbe Antwort gegeben, wie heute der Kriegsminister, aber leider keine Buz-
sage wegen Aufhebung der Manöver. In einer Entschädigung der Leute könne eine Berücksichtigung des Notstandes keineswegs ge-
funden werden. Die Hauptförsage müsse darauf gerichtet sein, nach Möglichkeit Futter zu beschaffen und das Vieh zu erhalten. Man dürfe den schon so tief gesunkenen Wohlstand nicht noch tiefer sinken lassen. Das würde aber geschehen, wenn die Manöver nicht auf-
gehoben würden. Er könne deshalb mit der Antwort des Kriegs-
ministers im Interesse der armen Eifel nicht zufrieden sein. (Leb-
haftes Bravo im Centrum.)

Abg. Dr. v. Trege (cons.) stimmt dem Kriegsminister darin zu, daß es jetzt noch zu früh sei, zu entscheiden, ob der Ausfall der Manöver notwendig sei. Bessere sich die Lage nicht, so seien allerdings die bis jetzt in Aussicht genommenen Maßregeln nicht ausreichend. Die kleine Landwirtschaft müsse davor bewahrt werden, daß ihr Viehhand zu Grunde gehe. Im Interesse der Volksnäh-
rung und der Freude an der Armee müsse die Landwirtschaft vor einer übermäßigen Last bewahrt werden. Jetzt erblicken die Land-

wirthe in der Einquartierung noch eine Ehrenlast; möge es nicht dahin kommen, daß sie den Soldaten nicht mit Wohlwollen, sondern mit Unwillen kommen sehen. Schließlich richtet Redner an die Nationalliberalen den Appell, auch in anderen Punkten für den Schutz der Landwirthe einzustehen und die Konservativen dabei zu unterstützen.

Generalleutnant v. Funck bemerkt, daß die Militärverwaltung mit dem Vorredner ganz darin übereinstimme, daß es Sachen der Militärverwaltung sei, zu erwägen, ob Verschiebungen der Manöver notwendig seien. In der Eifel sei eine solche Verschiebung bereits in die Wege geleitet. Solche Erwägungen würden in Verbindung mit den Civilbehörden auch weiter stattfinden. Die Militärbehörden hielten sich auf dem Laufenden und berieten mit den Civilbehörden, was zu geschehen habe, damit die Manöver nicht gefährdet, aber vor allem der Notstand nicht verschärft werde. Die Militärverwaltung sehe es als Ehrenpflicht an, unter den exceptionellen Verhältnissen dieses Jahres dafür zu sorgen, daß die Truppenübungen der Bevölkerung nicht lästig fallen und daß die Militärverwaltung für alle Bedürfnisse selbst sorgt. In gewissen Gegenden könne sogar ein Gewinn für die Gegend aus dem Manöver herauskommen. (Lebhafter Widerspruch.) Wenn die Militärverwaltung überall das Stroh liefern, dann komme ein Zuwachs von Stroh in die Gegend.

Abg. Burger (Centr.) konstatiert auf Grund seiner Erfahrung, daß in Bayern ein ungemeiner Notstand vorhanden sei, so daß die Landwirthe ihr Vieh zu Schleuderpreisen fortgeben müssen. Das bis zum Herbst sich die Verhältnisse noch erheblich bessern könnten, sei ausgeschlossen. Die Pflicht der bayerischen Militärverwaltung sei es jedenfalls, dafür zu sorgen, daß die am schlimmsten betroffenen Gegenden Bayerns von Manövern verschont blieben.

Abg. Kröber (Volksp.) schließt sich dieser Bitte an und plaudert für Aufhebung der Feste.

Abg. Höhler (Antlennit) bestätigt das Vorhandensein eines empfindlichen Notstandes in Hessen und konstatiert als Bauer, nicht als Renommiebauer, sondern als wirklicher Bauer, daß der Bauern-
stand die Manöverlast dort unmöglich tragen könne.

Bayerischer Kriegsminister v. Aich erklärt, daß die bayerische Heeresverwaltung eine Verschiebung der Manöver bereits in die Wege geleitet habe. Die königliche Kreisregierung von Unterfranken habe an das Kriegsministerium den Antrag gestellt, die Manöver des zweiten Armeekorps völlig aufzuheben. Dasselbe Gutachten sei vom landwirtschaftlichen Verein ausgegangen und sei vom Kriegsministerium dem Generalkommando zu dem Zwecke überwiesen worden, sich mit der Regierung von Unterfranken ins Benehmen zu setzen, ob Verlegung oder gänzlicher Wegfall notwendig sei. Der Bericht sei noch nicht eingelaufen, jedenfalls werde aber den Wünschen Rechnung getragen werden können! (Bravo!)

Abg. Dr. Schönlanck (Soz.) ist von der Erklärung des Kriegs-
ministers sehr wenig befreit. Bei den Maßregeln, die derselbe angekündigt, komme nichts heraus als Mehrausgaben für den Militärfiskus, die das Volk zu tragen haben werde. Der Kriegs-
minister würde sich wohl schönstens bedanken, wenn er das Wasser trinken sollte, das an den heißen Manövertagen mitgefahren werden solle. (Sehr wahr!) Der Militarismus hat wieder einmal gezeigt, daß er keine Zugeständnisse mache und sich einfach auf den Standpunkt stelle: möge das Volk drangsaliert werden, der Kaiser habe zu befehlen, ob Manöver stattfinden, oder nicht. Hoffentlich werde der Reichstag dafür sorgen, daß die Militärloft und die Zoll-
last gemildert würde. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Osann hätte es nicht für nötig gehalten, daß der preußische Kriegsminister die Befugnis des Kaisers, über die Ma-
noeuvre zu verfügen, betonte. (Zustimmung.) Mehr als die Er-
klärung des preußischen Ministers habe ihn die des bayerischen Kriegsministers befriedigt. Er glaube, daß auch in Preußen die Civilbehörden ihre Stimme stärker erheben mühten. Darüber, ob die Manöver ausfallen sollten oder nicht, könne man sehr wohl schon jetzt entscheiden. Es sei doch widermöglich, wenn die Regierung jetzt selbst Saatkorn vertheile, und dann die aufgegangenen Saaten von den Truppen wieder zerstampft würden. (Lebhaftes Zustim-
mung.)

Preußischer Kriegsminister v. Kaltenborn betont, daß die Oberpräsidenten über die Notwendigkeit der Verlegung der Manöver ebenso berichtet hätten, wie die kommandierenden Generale. Er habe nur den derzeitigen Standpunkt der preußischen Heeres-
verwaltung darlegen wollen. Was in Zukunft geschehen solle, wenn der Notstand sich vermehre, werde erwogen werden nach Eingang der Berichte.

Abg. Dr. Haas spricht sich im Interesse der Elsaß-Lothringer,

Abg. Frank (Baden, natl.) im Interesse des badischen Bauern-
standes,

Abg. Aichbichler (Centr.) im Interesse der bayerischen Land-
wirtschaft für den Ausfall der Manöver aus.

Abg. Joest (Soz.) betont ebenfalls die Notwendigkeit, die Manöver ausfallen zu lassen und weiß darauf hin, daß die Konservativen den Antrag Bachem auf Besprechung der Interpellation nicht unterstützt hätten. Sie verhielten sich so fühl, weil die Notlage nicht den Großgrundbesitz, sondern die kleinen Landwirthe treffe.

Abg. Schmidt (Ap.) wünscht vom württembergischen Kriegs-
minister zu erfahren, wie es mit der Verlegung der württembergischen Manöver stehe. Wenngleich sollte das badische Armeekorps von Württemberg fern gehalten werden.

Württembergischer Kriegsminister Schott v. Schottenstein vertheidigt, daß das Bestreben der württembergischen Militärver-
waltung unablässig darauf gerichtet sei, die Quartermäuse und den Flurzschaden von den durch Futternot heimgesuchten Gegenden möglichst fern zu halten. Die Verhandlungen seien noch nicht zum Abschluß gelangt. Man wird einen Ausfall der Manöver ja nur höchst ungern sehen, aber wenn es notwendig sein sollte, davon nicht zurückzuschrecken, ihn beim Kaiser zu beantragen. (Bravo!)

Abg. Graf v. Limburg-Stirum (kom.) erklärt, die Konser-
vativen hätten darum den Antrag auf Besprechung nicht unterstützt,
weil durch die Ausführungen des Interpellanten und vom Regie-
rungsrath genügende Auflärungen gegeben wären. (Gelächter.)

Inserate, die schriftspaltene Zeitzeile oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., auf bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachtm. angenommen.

Verantwortlich für den

Inseratenheil:

J. Klugkiss in Posen.

Fernsprecher: Nr. 102.

Großgrundbesitzer weniger Interesse an der Aufhebung des Ma-
növers als der Kleingrundbesitzer habe, sei gründlich. Wenn die
vom Kriegsminister angekündigten Maßregeln Platz greifen, dann
möchte er wissen, wo noch ein Nachteil für den Kleingrundheraus-
komme. Wenn die Futtervorräte von der Militärverwaltung ge-
lieftet würden, dann sei das Manöver nicht ein Nachteil, sondern
ein Vorrecht für die Gegend. (Lebhafter Widerspruch.)

Abg. v. Grand-Ry kann nicht zugeben daß die Maßnahmen der Militärverwaltung genügen, um dem Notstand abzuholzen. Schon in normalen Zeiten werde gezeigt, daß die Magazinverpflegung der Bevölkerung eine hohe Last auferlege, daß die Quartierwirthe die Leute selbst befristigen mühten, weil die Magazinverpflegung häufig zu spät ankomme. Die Leute seien den Soldaten zu wohl-
gefinnt, als daß sie zusehen könnten, daß sie hungrig in die Quartiere kommen und noch Stunden lang warten. Sei die Manöverlast also schon bei normalen Verhältnissen drückend, so werde sie bei anormalen unerträglich. Er bitte dringend, die Ma-
növer ausfallen zu lassen. (Bravo!) Damit ist die Interpellation erledigt.

Es folgt die Verlesung der Interpellation des Abg. Bebel, betreffend die bekannten Aeußerungen des Straßburger Volksp-
räsidienten.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher erklärt, er würde zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit sein; es seien ihm aber von verschiedenen Seiten Wünsche geäußert worden, daß die Sache erst morgen zur Verhandlung komme; er bitte deshalb, die Interpellation deute von der Tagesordnung abzusezen.

Die Interpellation wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt die zweite Beratung der Militärvorlage. Bei Artikel 1 (Friedenspräsenzstärke 479 229 Mann) erhält zunächst das Wort

Abg. Graf Hompesch (Centr.): Der Reichskanzler hat gegenüber dem Abg. Grüber gemeint, dasselbe, was dieser gesagt habe, habe er schon oft genug auch von den Bänken der Freiheitlichen Volkspartei und der sozialdemokratischen Partei gehört. Es seien eben demokratische Aeußerungen im Centrum jetzt maßgebend, da das Centrum die Umwandlung aus einer christlich-konfessionellen in eine politisch-demokratische Partei vollzogen habe. Gegen die Aeußerung muß ich im Namen und Auftrage meiner politischen Freunde Verwahrung einlegen (Lebhafter Beifall im Centrum), in deren Namen ich folgende kurze Erklärung abzugeben habe: Die Centrumsfraktion ist niemals eine reinkirch-konfessionelle Partei gewesen. Wenn ihr das in früheren Jahren insinuiert worden ist, hat sie jedes Mal Verwahrung dagegen eingelegt. Der Schutz der Rechte der katholischen Kirche, gleichwie der übrigen anerkannten Religionsgesellschaften ist und bleibt eine ihrer vornehmsten Aufgaben, aber nicht die einzige. Die Erhaltung des föderalistischen Charakters des Reiches, der Schutz der bürgerlichen Freiheit, die Förderung des moralischen und öffentlichen Wohles aller Volksklassen sind nicht minder Aufgaben, die sich unsere Fraktion stellt, nicht im Gouvernementalen, sondern in wahrhaft konservativem Sinne (Vachen rechts), im Geiste der Freiheit, der Treue und des Gehorsams gegen die bestehenden Autoritäten in Staat und Kirche, im Geiste des Aufbaues der gesellschaftlichen Verhältnisse. Auf dem Boden dieser Aeußerung hat das Centrum immer gestanden, steht es heute und wird es, so Gott will, auch fernerhin stehen. Im Namen meiner politischen Freunde weise ich also die Aeußerung des Reichskanzlers als unzutreffend und auf das Entschiedenste zurück. (Beifall im Centrum.)

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Ich freue mich über diese Erklärung, werde aber, ehe ich mein Urtheil modifizire, die weitere Entwicklung der Dinge abwarten. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Lieber (Tr.): Nach den Erklärungen des Vor-
sitzenden meiner Fraktion kann ich mich kurz lassen. Der Reichskanzler hat seinen Vorwurf von der Umwandlung unserer Partei aus einer konfessionellen in eine politisch-demokratische begründet unter Berufung auf den rheinischen Centrumsparteitag in Köln. Er führt erstmals als Beweis an, daß ich die Versammlung angeredet habe als Versammlung rheinischer Demokraten. Ich glaube nicht, daß jemand im Lande diese Bezeichnung als eine ernste aufgefaßt hat. So wenig die Geusen sich im Ernst für Bettler gehabt haben, so wenig bin ich und meine Partei gesonnen, das Stigma des Reichskanzlers als eine ernsthafte Charakterisierung meiner Partei anzunehmen. (Beifall im Centrum.) Wir sind genau in derselben Lage dieser Bezeichnung des Reichskanzlers gegenüber wie die Geusen gegenüber den Grafen Barletmont. Heute wie alle Zeiten sind wir bereit, den Geusenpfennig an die Brust zu heften mit der Inschrift: à tout fiddle au roi. Der Reichskanzler hätte bei seinem anfänglichen Gepflogenheiten bleiben sollen und sich nicht von der „Kreuzzeitung“ oder ähnlichen Blättern verblenden lassen, den Kampf zu verbitten, einen Kampf, den wir doch nicht wünschen. Werner hat der Reichskanzler unsere demokratische Gesinnung hergeleitet aus unserm Programm, wonach wir die bundesstaatliche Verfassung des deutschen Reiches aufrecht erhalten wollen. Ich habe in der angeführten Versammlung gesagt, wenn man uns deswegen partikularistische Demokraten nennt, nun dann sind wir es. Ich hoffe aber, daß ein so königstreuer Mann, wie der Reichskanzler, königstreuen Männern in Württemberg und Bayern nicht deswegen den Vorwurf demokratischer Gesinnung machen wird, weil sie die monarchische Verfassung in den Einzelstaaten aufrecht erhalten wollen. Ich möchte da dem Reichskanzler eine Aeußerung entgegenhalten aus dem Mund eines Mannes, dessen Worte wohl bei ihm in die Wagschale fallen werden. Auf dem Parteitag zu Ulmberg an der Lahn hat der Frhr. v. Schorlemers-Alst es ausgesprochen, die Centrumspartei sei eine politische Partei an erster Stelle mit festem Programm, das sie treu gehalten habe und halten werde. Als solche habe sie die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger zu schützen, auch auf religiösem Gebiete. Wenn man sie zu den Demokraten rechne, so sei das ein großer Schwund. Die Centrumspartei, so hat Frhr. v. Schorlemers-Alst ausgeführt, wäre immer fest geblieben, den Nationalliberalen dagegen fehle es an Festigkeit des Charakters. Der Reichskanzler macht mir

nachgerade den Eindruck eines Anhängers des ptolemäischen Systems. Er glaubt, seine Umgebung drehe sich, und er selbst ist derjenige, der sich gewandelt hat (sehr richtig! im Centrum und links). Der Reichskanzler von 1893 ist ein anderer als der von 1891. Indem er ein Jahr verteidigt, was er vorher bekämpft hat, folgt er zwar dem großen aber auch schlechten Beispiel seines Vorgängers. Meine angebliche Neuerung, daß, je mehr Soldaten wir haben, desto mehr tödt geschossen werden, hat folgenden Zusammenhang: Ich berufe mich auf die Ausführung des Reichskanzlers Grafen v. Caprivi am 27. November 1891, daß unter den lebendigen Heerführern keiner im Stande ist, diese Massen zu ernähren, zu bewegen und zu gemeinsamem Schlagen zu bringen. Wenn das wahr ist, so meine ich, würden unter diesen Umständen verhältnismäßig mehr Soldaten tödt geschossen werden, als es sonst der Fall wäre. Daß dieser Gedanke so lächerlich gesunden wird, liegt nur daran, daß der Reichskanzler einen Soz einfach aus dem Zusammenhang gerissen hat. Der Reichskanzler warf mir auch vor, daß ich das Interesse des Vaterlandes dem Interesse der Partei nachsehe, weil ich seine Vorlage nicht annehmen wollte. Die verbündeten Regierungen sind ja aber selbst mit ihren Forderungen zurückgegangen, blos um eine Mehrheit zu finden. Der Reichskanzler hat mit schwerem Herzen sein Zugesindnis gemacht, aber ich möchte nunmehr auch nicht in dem bisherigen Tone gegen diejenigen fortfahren sehen, die sich gegen die erste Vorlage ablehnen fortgesetzen haben. Indem ich das meiste von dem, was ich eigentlich zu sagen hätte, unter den Tisch werfe, um die Verhandlungen nicht in die Länge zu ziehen, erkläre ich, was bereits Herr Grüner in seiner Lesung erklärt hat, daß die Vorlage für uns unannehmbar ist aus denselben Gründen wie die frühere Vorlage. Wir halten die personelle und finanzielle dauernde Mehrlastung des deutschen Volkes durch die Vorlage für eine unerschwingliche, namentlich wenn wir, und das müssen wir als verantwortliche Volksvertreter in Betracht ziehen, daran denken, daß der Grundsch der vollen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht ausgedroht ist. Wenn diese Vorlage sich auch nicht ausdrücklich als erster Schritt dazu einführt, so ist sie doch unverfehlbar sachlich nur der erste Schritt auf diesem Wege. Wir können diesen nicht mitmachen, das A nicht sprechen, weil selbst, wenn die Kosten für dieses A nicht unerschwinglich wären, wir überzeugt sind, daß das B an personellen und finanziellen Lasten unerschwingliches vom deutschen Volke fordern würde. (Lebhafte Beifall im Centrum.)

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Ich werde mich der Kürze befreien und darin wenigstens dem Voredner über sein. Ich gebe nur auf zwei Bemerkungen seiner Rede ein, von denen die eine mich betrifft, die andere mich erfreut hat. Es hat mich betrübt, daß es hier in dieser Versammlung möglich ist, das Beispiel, das mein Amtsvorgänger gegeben hat, kurzweg als ein schlechtes zu bezeichnen. (Bravo rechts und bei den Nationalliberalen.) Es hat mich gefreut, daß der Abgeordnete, der in Aschaffenburg im April eine Rede hält, der er die Dynastie einer Kritik unterzog, die mit den Worten schloß: „das in Bezug auf den Hort der Dynastie“ sich inzwischen so umgewandelt hat. Ich würde nicht mehr in seinem Sinne handeln, wenn ich noch vorlese, was er gesagt hat, denn heute sagt er: en tout fidèle au roi. Ich schließe in der Hoffnung, daß der Abgeordnete auch in Zukunft in allen seinen Plänen treu seinem König sein wird. (Bravo! rechts.)

Abg. Beck (Frei. Volksp.) wendet sich gegen das System des Militarismus, das in der Vorlage zum Ausdruck komme. In Süddeutschland wolle man von diesem System nichts wissen; man fürchte eine Verschlechterung des Militärstrafrechts, man wolle nicht Zustände, bei denen der Reserveoffizier nicht in das Haus seiner freiherrlichen Verwandten geben dürfe wie in Sachsen. (Obo! rechts.) Gegen dieses System richte sich der Wahlausfall im Süden und nicht sowohl gegen die Notwendigkeit der Vorlage. Ein Gutes hätten die Neuwahlen gehabt: die Steuerprojekte seien weggeschwemmt. (Präf. v. Lebeck ersucht den Redner, nicht im Allgemeinen zu sprechen, sondern zu Art. 1.) Er behalte sich weiteres für die Zukunft vor.

Abg. Zimmermann (Ant.) hat Namens der deutschen Reformpartei folgende Erklärung abzugeben. Nachdem der Reichskanzler unsere Frage wegen der Steuern insofern beantwortet hat, daß die Erhöhung der Brau- und Branntweinsteuern bereitgestellt ist und auch nicht wieder kommen soll, andererseits aber eine anderweitige und ergiebige Besteuerung der Börse stattfinden soll, sind für uns die Gründe bereit (Abg. Richter ruft: Das ist ja auch nicht zur Sache. Er redet ja nicht zu § 1! Unruhe links.), die uns gezwungen hätten, gegen die Militärvorlage zu stimmen. Wir hoffen, daß die Reichsregierung sich stark genug erweist, alle Abschwächungsversuche der Börse zurückzuweisen. Wir erachten diese Erklärungen des Reichskanzlers auch als bindend für die Zukunft. Es würde das Vertrauen zur Reichsregierung, das durch verschiedene Fehler der letzten Jahre schon schwer erschüttert ist, ganz untergraben werden, wenn das Volk aufs Neue eine Enttäuschung erlebt. Für unsere Abstimmung bleibt nach wie vor die wirtschaftliche Frage entscheidend. Wir erklären uns durch die Zusage des Reichskanzlers insofern befriedigt, als wir aus politischen Gründen unsere anderen Bedenken zurückdrücken und, um nicht durch eine nochmalige Ablehnung das politische Ansehen Deutschlands vor dem Auslande herabzusehen . . . (lebhafte Unterbrechung links; Rufe: zu Artikel 1! lebhafte Bravo! rechts; Präsident v. Beyer zu Art. 1!) bemerkt dem Redner, daß er allerdings auch nicht zu Artikel 1 spreche), für die Vorlage stimmen werden. Ich will nur noch bemerken, daß wir für Artikel 1 stimmen werden.

Abg. Graf v. Moltke (Rp.) hat noch nicht die Überzeugung gewinnen können, daß auf allen Bänken des Hauses klar erkannt werde, welche Anforderungen ein zünftiger Krieg an uns stellen würde. Im letzten Kriege mit Frankreich hätten wir 104 Bataillone und 130 Kanonen mehr gehabt, eine vorzügliche Organisation, eine überlegene Taktik und überlegene Disziplin hätten uns zur Seite gestanden, und trotzdem sei es uns nicht leicht geworden zu siegen, trotzdem hätten wir alle Kräfte anspannen müssen. Jetzt aber habe sich die numerische Superiorität in das Gegenthell verändert.

Abg. Dr. Lieber (Ctr.): Meine Herren, ich würde gerne auf jedes fernere Wort verzichtet haben, wenn nicht der letzte Angriff, den der Herr Reichskanzler auf mich abgegeben hat, mich geradezu zwinge, das Wort doch noch einmal zu ergreifen. Wenn ich den Herrn Reichskanzler recht verstanden habe, so war seine Meinung die, ich habe mich aus einem königstreu in einen königstreuen Mann umgewandelt. Daß der Herr Reichskanzler meine Königsstreue im Augenblick anerkennt, habe ich ihm zu danken; daß er die frühere in Zweifel gehalten und diesen Zweifel hier geäußert hat, dagegen habe ich mit aller nur möglichen Entschiedenheit Bewahrung einzulegen. Ich bin gar nicht zweifelhaft, daß, wenn ein Mitglied dieses Hohen Hauses einen derartigen Vorwurf gegen ein anderes Mitglied erhoben hätte, der Herr Präsident von jener Präsidentialgewalt Gebrauch gemacht haben würde. Der Herr Reichskanzler hat sich zur Begründung dieses schweren Vorwurfs abermals auf eine äußerhalb von mir des Reichstages gehaltene Rede berufen; und Gott sei Dank! das, was ich kurz vor ihm hier geäußert habe, hat ihm ein Recht hierzu auch seiner Ansicht nach nicht gegeben. Ich bin mir bewußt, den redlichen Vorwurf gehabt und nach meinen geringen Kräften auch ausgeführt zu haben, — und ich berufe mich hierfür auf das Zeugnis aller redlichen Mitglieder dieses Hauses —, daß ich in meinen Ausführungen, die ich vor dem Herrn Reichskanzler zu

machen die Ehre hatte, keinen Anlaß gegeben habe, die persönliche Schärfe in diesem Kampf noch weiter zu treiben, als sie zu unserem Lebewesen schon getrieben sind. Nachdem aber der Herr Reichskanzler auf diese meine Einladung auch seinerseits dasselbe zu thun, nicht hat eingehen wollen oder können, bin ich — wie gesagt — genötigt, einige Worte der Erwidderung zu sprechen. Ich bin im Jahre 1866 — ich war damals bereits ein herangereifter Mann — der Krone Preußen unterworfen worden. In dem Besitzergreifungspatent Sr. Majestät des Königs Wilhelm I vom 3. Oktober 1866 hat derselbe an die Bewohner meiner eingeren Heimat den Befehl gerichtet: „Wir gebieten allen Einwohnern des nunmehr mit Unserer Monarchie vereinigten ehemaligen Herzogthums Nassau Uns als ihren rechtmäßigen König und Landesherrn zu erkennen und Unseren Gesetzen, Verordnungen und Befehlen mit pflichtmäßigem Gehorsam nachzuleben.“ Diesem Befehl habe ich von der ersten Stunde bis auf den heutigen Tag unverbrüchlichen Gehorsam geleistet (Bravo im Centrum), und weder irgend eine parlamentarische Verhandlung — und ich gehöre seit 1870 dem preußischen Landtag und dem deutschen Reichstag an — noch irgend eine Verhandlung vor irgend einem preußischen Gericht hat auch nur den allerleitesten Schatten eines Zweifels an meiner Königsstreue aufzubringen, geschweige denn zu begründen vermocht. (Bravo! im Centrum.) Wenn ich dabei mit Schmerz der alten Verhältnisse gedacht habe und gedenke, so habe ich mich eines Rechtes bedient, welches in Seiner Allerböschten Proklamation an die Einwohner des ehemaligen Herzogthums Nassau am selben Tage Seiner Majestät der hochselige König Wilhelm I. ausdrücklich anerkannt hat, indem er sagte: „Wenn Ihr Euch nicht ohne Schmerz von früheren, Euch lieb gewordenen Verhältnissen löst, so ahne ich diesen Schmerz und würdige denselben als eine Bürgschaft, daß Ihr und Eure Kinder auch mir und meinem Hause mit Treue angehören werdet.“ Ich habe mich eines von Königs wegen mir zugestandenen Rechtes bedient, aber nicht einen Augenblick habe ich den gebotenen Gehorsam, den ich aus Gewissensrücksicht leistete und zierte, zu leisten unterlassen oder mich auch nur, sei es stillschweigend, sei es ausdrücklich, zögern lassen. Ich darf dieser Erklärung ein Wort hinzufügen, welches in ähnlicher Lage unser verstorbener Abg. Dr. Windhorst dem vorigen Herrn Reichskanzler einmal entgegnet hat: „Gebotener Gehorsam ist schwieriger als angekündigter“ und ich habe den gebotenen geleistet. (Lebhafte Beifall im Centrum.)

Die Debatte wird geschlossen, da sich niemand weiter zum Worte gemeldet hat.

Bei der Abstimmung wird § 1 durch Namensaufruf mit 198 gegen 187 Stimmen angenommen.

Dafür stimmen die Konservativen, Reichspartei, Wolen, Antisemiten, Nationalliberalen, Freisinnige Vereinigung, einige Wilde, darunter Graf Herbert Bismarck, und die Abga. Prinz Arenberg und Lender. Dagegen das Centrum, die Elässer, die beiden Volksparteien, die Sozialdemokraten und einige Wilde.

Nach Bekanntigung des Abstimmungsergebnisses erklärt zur Geschäftsordnung Abg. Wenzel (Ctr.), er sei zu seinem Bedauern erst nach Schluß der Abstimmung in den Saal getreten, daß er aber gegen die Vorlage gestimmt haben würde.

S 2 (die Formationen aufzählend) wird in einfacher Abstimmung angenommen. Zu Art. II liegt folgender Antrag der wildsb. Abga. Prinz Carolath und Nöske vor: die Einleitung des Art. II wie folgt zu fassen: „Für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis zum 31. März 1899 treten bezüglich der aktiven Dienstpflicht folgende Bestimmungen in Kraft, welche für die spätere Zeit auch so lange gelten, als die Friedenspräsenzstärke nicht unter die im Artikel I § 1 Absatz 1 bezeichnete Zahl herabgelebt werden wird und die im S 2 vorgehegenden Neuformulierungen erhalten bleiben.“

Abg. Prinz zu Carolath meint, daß sich das Bild der Abstimmung über § 1 noch ungünstiger gestalten würde, wenn dieser Antrag nicht angenommen würde. Die Antragsteller ließen sich lediglich von dem Wunsche leiten, der Vorlage eine Mehrheit zu sichern. Die Nachricht eines Berliner Blattes, als hätten die Antragsteller bei einer befriedeten Fraktion keine Unterstützung für den Antrag gefunden, sei vollkommen aus der Luft gegriffen; die Antragsteller hätten sich an gar keine Partei um Unterstützung gewandt. Warum man in der konservativen Partei dem Antrage so großen Widerstand entgegensezze, verstehe er nicht. Vergesse man doch nicht, daß das Verlangen nach einer Festlegung der zweijährigen Dienstzeit bis weit in die Reihen der Rechten hinein laut geworden sei. Es werde ja nicht eine dauernde gesetzlich einheitliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit für alle Seiten, sondern nur eine gewisse Garantie gefordert. Wenn er der Regierung auch nicht zutraue, daß sie plötzlich zur dreijährigen Dienstzeit zurückkehren könnten, so sei eine Garantie doch besser wie keine. Daß die Sozialdemokraten gegen den Antrag seien, der der Militärvorlage einige noch Schwankende, die gerne zustimmen möchten, zuführen könnte, sei selbstverständlich. Aber das Centrum würde doch zu geben müssen, daß ihm die Vorlage mit dem Antrage sympathischer sei, als ohne den Antrag. (Widerspruch im Centrum.) Ebenso wie die Linken auf manche Plebiscitwünsche verzichtet habe, um die Situation der Regierung nicht noch bedenklicher zu gestalten, so sollten die Konservativen jetzt auch entgegenkommen und für den Antrag stimmen.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) erwähnt, daß die Konservativen durch ihre Zustimmung zur zweijährigen Dienstzeit ein weit größeres Opfer brächen, als irgend einer von der Linken. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Sachlich würde er dem Antrag zustimmen können, bedauere aber seine Einbringung, weil er die Chancen der Annahme der Vorlage nur verschlechterte. Er könne den Antragstellern nur raten, den Antrag zurückzuziehen.

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Ich halte den Antrag an sich für unschädlich, aber auch für unnötig, glaube aber nicht, daß er dazu beitragen würde, mehr Leute unter die Fahne der Vorlage zu bringen. Die Sache ist ganz einfach: die zwei Theile schließen einen Kontrakt, der 5 Jahre dauert. Der Antrag Carolath will nun noch, daß wenn keiner kündigt, er immer noch ein Jahr weiterläuft. In der Beziehung sollte aber auch die Regierungsvorlage genügen. Ist das nicht der Fall, so geht das meist von einem Mißtrauen gegenüber den verbündeten Regierungen aus. Man sagt, es sei der Regierung nicht ernst mit der zweijährigen Dienstzeit. Ich bin berechtigt zu erklären, daß wenn nicht etwa wider Erwarten bei der Durchführung der zweijährigen Dienstzeit unüberwindliche Hindernisse, die nicht vorherzusehen waren, eintreten sollten, an keiner Stelle innerhalb der verbündeten Regierungen die Absicht besteht, nach Ablauf von fünf Jahren auf die dreijährige Dienstzeit zurückzukommen.

Abg. Dr. Bachem (Ctr.): Meine Partei hat keine Veranlassung, dem Antrage zuzustimmen, da er nach unserer Auffassung nicht eine Verbesserung, sondern geradezu eine Verschlechterung bringt. Eine Festlegung der zweijährigen Dienstzeit, so sehr wir sie wünschen, können wir weder in dem Antrage, noch in der Regierungsvorlage, noch in den Erklärungen des Reichskanzlers über die augenblickliche Sitzung der Reichsregierung erkennen. Da eine feste Continuität in der Reichsregierung nicht besteht und auch gar nicht erwartet werden kann, so kann die augenblickliche Sitzung der Regierung nicht als Fixierung der zweijährigen Dienstzeit gelten. Auch der Vorschlag der Vorlage, für 5 Jahre gewisse Bestimmungen in Kraft treten zu lassen, welche die zweijährige Dienstzeit zur Folge hat, bedeutet keine Festlegung, denn keine Regierung und kein Reichstag ist gehindert, auch vor Ablauf des Quinquennats diese Bestimmungen durch ein neues Gesetz wieder aufzuhaben.

Ganz dasselbe gilt von dem vorliegenden Antrage. Es ist also kein Vorschlag gemacht, der dem Volke die zweijährige Dienstzeit, sei es auf 5 Jahre, sei es auf die Dauer, garantirt. Der Antrag Nöske ist nicht geeignet, zum Ziele zu führen. Zunächst schlägt er ein Altertat vor für das, das jetzt bewilligt ist an Friedenspräsenzstärke und an Neuformulierungen; so lange diese bleiben, soll auch die zweijährige Dienstzeit bestehen. Wenn man diesen Gedanken weiter verfolgt, so kommt man zu dem Schluss: wenn die Regierung geneigt wäre, von der Präsenzstärke oder den Neuformulierungen etwas abzulösen, so ist es der Regierung jederzeit gestattet, auch auf die dreijährige Dienstzeit zurückzugreifen. Diese Konsequenz wird man, wenn die Situation danach angethan ist, aus den Kreisen der Reichsregierung unerbittlich ziehen. Deshalb ist in unseren Augen der Antrag keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung.

Abg. Dr. v. Bemmelen erklärt in dem Antrage eine Verbesserung, hält ihn aber nicht für so bedeutend, daß man davon das Schicksal der Vorlage abhängig machen könnte. Darin liegt seine Bedeutung, daß er eine große organische Veränderung nicht für 5 Jahre, sondern dauernd fixe, so lange die Voraussetzung derselben nicht angegriffen werde. Daß die Regierung durch eine ganz winzige Herauslösung der Präsenzstärke die zweijährige Dienstzeit befreit hätte, sei nicht richtig; es würde ja immer die Zustimmung des Reichstags erforderlich sein.

Frhr. v. Gültlingen (Rp.) erklärt sich für seine Person für den Antrag, macht aber ebenfalls seine Zustimmung zur Vorlage nicht davon abhängen.

Abg. Dr. Barth (Frei. Ver.) ist überzeugt, daß der Antrag tatsächlich die Forderung der gesetzlichen Festlegung der zweijährigen Dienstzeit im Wesentlichen erfüllt. Daß es der jetzigen Regierung durchaus Ernst sei mit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit, glaubt er, aber nach 5 Jahren könnten diejenigen am Ruder sein, die schon heute den zweijährigen Dienstzeit sehr wenig sympathisch gegenüberstehen. Er und seine Freunde legten deshalb großen Wert darauf, wenn der Antrag zur Annahme kommen könnte.

Frhr. v. Mantuusseff erklärt, daß die Konservativen gegen den Antrag stimmen würden, und betont, daß sie durch den Verzicht auf die dreijährige Dienstzeit schon erhebliche Opfer gebracht hätten.

Abg. Richter erklärt, daß seinen Freunden die Annahme der Vorlage durch den Antrag nicht erleichtert würde. Sie würden die zweijährige Dienstzeit auch bei ihrer gesetzlichen Einführung für durch die Erhöhung der Präsenzstärke zu teuer erkauf halten. Man solle die Bedeutung des Antrages doch nicht künstlich ausbauchen. Nicht von ihm hängt die Annahme der Vorlage in der dritten Lesung ab, sondern davon, wie sich der Gesundheitszustand bis dahin gestalten werde. (Heiterkeit.) Der Antrag bedeute eine Gefahr, denn er erschwere dem Reichstage den Versuch, eine Herabsetzung der hohen Präsenzstärke durchzuführen. Die Klämmer, welche der Antrag der Regierung anlegt, wäre sehr leicht von ihr geöffnet werden. Sie brauche nur eine Verminderung von 100 Mann zu beantragen, um den Weg zur dreijährigen Dienstzeit zu eröffnen. Der Reichstag würde nicht einmal etwa der Abschaffung oder Veränderung der Defensivhandwerker zustimmen können, ohne die zweijährige Dienstzeit zu gefährden. Nach den gehörten Erklärungen sei die Ablehnung des Antrages ja gewiß. Sollten sich die Antragsteller nicht zur Zurückziehung entschließen können, so möchte er sie mit Rücksicht auf die Temperaturverhältnisse bitten, auf die namentliche Abstimmung zu verzichten.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Zur Geschäftsordnung erklärt Abg. Nöske, daß die Antragsteller, nachdem der Zweck des Antrages durch die positiven Zusicherungen des Reichskanzlers zum Theil sicher gestellt sei, den Antrag zurückziehen würden, wenn sie nicht wüßten, daß derselbe von anderer Seite wieder aufgenommen würde.

Die Abstimmung über den Antrag Carolath soll eine namentliche sein. Vor Vornahme derselben beantragt Abg. von Kardorff die Abstimmung auf morgen zu vertagen, heute aber noch eine zweite Sitzung abzuhalten, damit der Nachtragsetat und das Anleihegesetz so bald als möglich an die Budgetkommission gewiesen werden könnten.

Dieser Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Die Sitzung wird um 5 Uhr geschlossen, die nächste auf 5½ Uhr anberaumt.

Die 6. Sitzung wird um 5 Uhr 20 Min. eröffnet.

Nachdem ohne Debatte der Nachtragsetat und das Anleihegesetz der Budgetkommission überwiesen ist, ist die Tagesordnung erledigt.

Freitag 1 Uhr: Fortsetzung der zweiten Lesung der Militärvorlage; Interpellation Bebel; zweite Lesung des Nachtragsetats und des Anleihegesetzes.

Schluß 5½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 13. Juli. [Aus dem Reichstag.]
Bevor der Reichstag in die zweite Lesung der Militärvorlage eintrat, hatte er eine Debatte, die weit charakteristischer als die Verhandlung über die ausgeschöpfte Militärfrage erschien. Es handelte sich um die Interpellation Osann, betreffend die Manöver, deren Untersassen sowohl der Interpellant wie die meisten Redner mit Rücksicht auf den Futtermangel empfohlen. Was der heftig geführten Debatte ihren bemerkenswertesten Charakter gab, das war einmal der eigenhümliche Gegensatz zwischen den Reden des preußischen Kriegsministers auf der einen, der Kriegsminister Bayerns und Württembergs auf der anderen Seite; sodann aber war es der scharfe agrarische Zug, der durch die meisten Reden ging. In gewissem Sinne hat sich heute zugetragen, was Fürst Bismarck kürzlich wünschte: die Vertreter der Mittelstaaten im Bundesrat sind ausgiebiger als seit langem zum Worte gekommen, und sie haben sich nicht im Einklang mit den preußischen Anschauungen bewegt. Während Herr v. Kaltenborn mit steifem militärischen Nein an die komplizierte Frage von Futternot und Manövern heranging, zeigten sich die süddeutschen Kriegsminister von einer Zuversicht, die, obwohl der Gegensatz äußerlich nicht betont wurde, gleichwohl als eine ziemlich scharfe Zurückweisung des von der preußischen Militärverwaltung eingenommenen Standpunktes wirkte. Der unerfreuliche Eindruck dieser Widersprüche mußte sich noch dadurch vertiefen, daß sich Herr von Kaltenborn zweifellos ins Unrecht setzte. Die Quittung darüber hat er so ziemlich von dem ganzen Hause, von allen Rednern mit Ausnahme des Grafen Limburg-Stirum bekommen. Wenn die Verhandlung einen so entschieden agrarischen Zug enthielt, so trug dazu bei, daß die sonstigen Gegner der Agrarier, soweit sie heute zum Worte

Santos per Juli 80%, per Septbr. 80%, per Dezember 78, per März 76. Behauptet.

Hamburg, 13. Juli. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 v.C. Rendement neue Urtage, frei an Bord Hamburg per Juli 17,75, per August 17,90, per Sept. 15,00, per Dez. 14,72%. Matt.

West, 13. Juli. Produktenmarkt. Weizen besser, per Herbst 7,94 Gd., 7,95 Br., per Frühjahr 8,83 Gd., 8,83 Br., Hafner per Herbst 6,61 Gd., 6,63 Br., Mais per August-Sept. 5,23 Gd., 5,24 Br., Mais-Juni 1894 5,51 Gd., 5,52 Br., Kohlraps per August-Sept. 15,25 Gd., 15,35 Br. - Wetter: Heiß.

Paris, 13. Juli. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen behpt., v. Juli 20,70, v. August 21,00, v. September-Dezember 21,70, p. Nov.-Febr. 22,10. - Roggen ruhig, der Juli 18,50, per Nov.-Febr. 14,70. - Mehl behpt., per Juli 43,90, per August 44,70, per Septbr.-Dezbr. 47,00, per Nov.-Febr. 47,50. - Rübel fest, per Juli 57,25, per August 57,50, per Septbr.-Dezbr. 58,75, per Januar-April 59,75. - Spiritus matt, per Juli 46,25, per August 45,75, per Septbr.-Dezember 43,50, per Jan.-April 43,50. - Wetter: Geregnet.

Die Produktenbörsen bleibt am Freitag und Sonnabend anlässlich der Nationalfeier geschlossen.

Paris, 13. Juli. (Schluss.) Rohzucker matt, 88 Proz. Loko 46,25 à 46,50. Welker Hafner matt, Nr. 8 per 100 Kilogr., per Juli 48,37%, per August 48,75, per September 48,50, per Oktbr.-Dez. 43,75.

Freitag und Sonnabend kein Getreidemarkt.

Habre, 13. Juli. Telegr. der Hamb. Firma Petmann. Biegler u. Co., Kaffee in Newyork Schloß mit 20 Polnis. Waiffe. Rio 5000 Sac, Santos 1000 Sac bestellt für gestern.

Habre, 13. Juli. Telegr. der Hamb. Firma Petmann. Biegler u. Co., Kaffee, good overage Santos, v. Sept. 99,00, v. Dez. 96,75, per März 94,75. Behauptet.

Antwerpen, 13. Juli. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen flau. Hafner weichend. Gerste ruhig.

Antwerpen, 13. Juli. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Kaffanites Type wetz loko 12% bez. und Br., per Juli 12% Br., v. August 12% Br., per Septbr.-Dezbr. 12% Br. Ruhig.

Antwerpen, 13. Juli. (Telegr. der Herren Wilkens und Co.) Wolle. La Blata-Bug, Type B., August 4,50, Dezember 4,62%. Käufer.

Amsterdam, 13. Juli. Java-Kaffee good ordinary 52%.

Amsterdam, 13. Juli. Banczynn 55.

Amsterdam, 13. Juli. Getreidemarkt. Weizen per November 180. - Roggen per Oktober 129, per März 130.

London, 13. Juli. An der stütze 4 Weizenladungen angeboten. Wetter: Regenschauer.

London, 13. Juli. 6 v.C. Rohzucker loko 20%, ruhig, Rüben-Rohzucker loko 18% ruhig.

London, 13. Juli. Chitt-Cupfer 42%, v. 3 Monat 43%.

Glasgow, 13. Juli. Robtson. (Schluss.) Mixed numbers warrants 41 sh. 9 d.

Der Markt bleibt bis Dienstag geschlossen.

Liverpool, 13. Juli. (Offizielle Notrungen.) Amerikaner good ordinary 4%, do. low middling 4%, Amerikaner middl. 4%, do. good middling 4%, do. middling fair 4%, Bernam fair 4%, do. good fair 4%, Ceara fair 4%, do. good fair 4%, Egyptian brown fair 4%, do. do. good fair 5%, do. do. good 5%, Peru rough fair —, do. do. good fair 6%, do. do. good 6%, fine 6%, do. moder. rough fair 4%, do. do. good fair 5%, good 5%, do. smooth fair 4%, do. do. good fair 4%, M. G. Broach good 4%, do. fine 4%, Dholerah good 3%, do. fully good 4, fine 4%, Domra good 3%, do. fully good 4%, do. fine 4%, Scinde good fair —, do. good 3%, Bengal fully good 3%, do. fine 4%.

Liverpool, 13. Juli. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umsatz 1000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Amerikaner stetig, Surats ruhig.

Middl. amerik. Lieferungen: Juli-August 4%, Sepbr.-Oktbr.

4%, Novbr.-Dezember 4%, Januar-Febr. 4% d. Alles Vereinbarpreise.

Liverpool, 13. Juli. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 10000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Fest.

Middl. amerik. Lieferungen: Juli-August 4%, Käuferpriis, August-September 4%, do. Sepbr.-Okt. 4%, do. Oktob.-Novbr. 4%, do. Novbr.-Dezbr. 4%, Verkaufspriis, Dezbr.-Jan. 4%, Käuferpriis, Januar-Februar 4%, do. Febr.-März 4% d. Werth.

Newyork, 12. Juli. Waarenbericht. Baumwolle Standard white in New-York 5,05, do. Standard white in Philadelphia 5,00 Gd. Rohes Petroleum in New-York 4,90, do. Pipeline Certificates, per Juli 58. Matt. Schmalz loto 10,05, do. Rohe u. Brothers 10,35. Zucker (Fair refining Muscovad.) 3%. Mais (New) v. Juli 48%, v. August 48%, v. Sept. 49%. Rother Winterweizen loto 73%. Kaffee Rio Nr. 7 17. Mehl (Spring clear) 2,25. Getreidefracht 3%. - Kupfer 10,50. Rother Weizen v. Juli 72%, per Aug. 73%, per Sept. 75%, per Dezbr. 81%. Kaffee Nr. 7 low ord. v. Aug. 16,00, v. Okt. 15,95.

Chicago, 12. Juli. Weizen per Juli 65%, per August 66%, Mais per Juli 40%. - Spec short clear nom. Worf per Juli 19,00.

Newyork, 13. Juli. Weizen v. Juli 72% C., v. August 73% C.

Berlin, 14. Juli. Wetter: Schön.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 13. Juli. Die heutige Börse eröffnete in schwacher Haltung und mit zumeist wenig veränderten Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen boten geschäftliche Anregung in keiner Beziehung dar. Hier bewegte sich bei großer Zurückhaltung der Spekulation das Geschäft in sehr bezeichneten Grenzen und die Kurse unterlagen auch im Verlaufe des Verkehrs nur unbedeutenden Schwankungen. Gegen Schluss der Börse machte sich eine kleine Befestigung infolge von Deckungskursen bemerklich. Der Kapitalmarkt bewahrte ziemlich seite Haltung für belastete solle Anlagen bei ruhigem Handel; Deutsche Reichs- und Preußische kontol. Anleihen etwas abgeschwächt. Fremde, feisten Bins tragende Papiere waren ziemlich behauptet aber gleichfalls ruhig; Italiener und Mexikaner anfangs schwächer; auch Rubelnoten etwas abgeschwächt. Der Privatdiskont wurde mit 2% Proz. notirt. Auf internationalem Gebiet gingen Österreichische Kreditaktien zu etwas abgeschwächter Notiz mit einigen Schwankungen mäßig lebhaft um; Franzosen wenig verändert, andere Österreichische Bahnen etwas abgeschwächt, auch Schweizerische Bahnen schwach. Inländische Eisenbahnen ziemlich behauptet und ruhig; Marienburg-Mianla abgeschwächt. Bankaktien und Industriepapiere wenig verändert und selbst in den spekulativen Devisen unbelebt: Montanwerke schwach aber still.

Produkten-Börse.

Berlin, 13. Juli. In Newyork ist Weizen gestern für nahe Sichten 1/2 C. für spätere Sichten 1/2 Cent gestiegen; Pest meldete von heute um 10 Kr. höhere Preise. Da aus dem Westen starker Regen gemeldet wird, von dem man eine Störung der Winterungsgerste befürchtet, verkehrte die hiesige Getreidebörse heute in seiter Haltung. Das Geschäft war etwas lebhafter. Weizen zog um 1 M. an. Roggen stieg um 1/2 M. büßte aber einen Theil des Aufschlags wieder ein. In Hafner fanden per Juli zu höheren Preisen Deduktion statt; Herbst gewann bei stilem Geschäft 1/2 M., büßte den Aufschlag später aber zum größten Theil wieder ein. Mais gewann 1/2 M. im Werthe. Die Nachfrage bleibt rege; die Abladungen von Hamburg sind durch den niedrigen Wasserstand unterbrochen. Roggenmehl bei besserer Umsägen fester. Rübel etwas höher bezahlt. Spiritus war zu den ermäßigten Preisen stärker begehrt und für loko und Termine 40-50 Pfsg. an.

Weizen (mit Ausschluß von Haushweizen) per 1000 Kilogr. Loko still. Termine schwankend. Gefündigt 150 Tonnen. Kündigungspriis 160,5 M. Loko 154-168 M. nach Qualität Lieferungsqualität 159 M. per dieser Monat —, per Juli-August 160,50 bez., per August-Septbr. —, per September-Oktbr. 164-163,50 bez. 164,25-163,75 bez., per Oktbr.-Nov. 165-164,75-165,50-165 bez., per Nov.-Dez. 166-165,75-166,50-165,75 bez., per Dez. Jan. —.

Roggen per 1000 Kilogr. Loko geringer Umsatz. Termine fester. Gefündigt 200 Tonnen. Kündigungspriis 145 M. Loko 139-145 M. nach Dual. Lieferungsqualität 144 M. Inlandsicher guter 144 ab Bahn bez., per diesen Monat —, per Juli-August —, per August-Septbr. —, per Sept.-Okt. 148,25-148 bis 148,5-148,25 bez., per Oktober-Nov. 148,75-149-148,75 bez., per Nov.-Dezbr. 149-148,75-149,25 bez.

Gerste per 1000 Kilogr. Futtergerste gut verläufig. Große und kleine 140-170. Futtergerste 126-145 M. nach Qualität.

Hafner per 1000 Kilogramm. Loko seine Qualitäten gesucht. Termine auf spätere Sichten niedriger. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspriis — M. Loko 176-193 M. nach Dual. Lieferungsqualität 180 M. Sommerlicher mittel bis guter 179 bis 184 bez., feiner 185-189 bez., zweitlicher mittel bis guter 180 bis 185 bez., feiner 186-190 bez., schlechter mittel bis guter 180-185 bez., feiner 186-190 bez., per diesen Monat 182 bez., per Juli-August 164,5-164 bez., per August-Septbr. —, per Sept.-Okt. 156,25-155,5 bez., per Oktbr.-Novbr. —, per Nov.-Dez. —.

Mais per 1000 Kilogramm. Loko unverändert. Termine behauptet. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspriis — M. Loko 122-132 M. nach Dual. per diesen Monat —, per Juli-August 118,5 bez., per August-Septbr. —, per Sept.-Okt. 118,5-118 bez., per Oktober-November —, per November-Dezember —.

Erbien per 1000 Kilogr. Kochware 160-195 M. nach Dual. Futtererde 145-158 M. nach Dual.

Roggemehl M. 0 und 1 per 100 Kilo brutto incl. Sac. Termine fester. Gefündigt — Sac. Kündigungspriis — M. per diesen Monat —, per Juli-August —, per August-Septbr. —, per Sept.-Okt. 19,35 bez., in einem Falle 19,40 bez., per Oktober-November 19,45 bez., per Nov.-Dezbr. 19,60-19,55 bez.

Oelfaaten per 1000 Kilogr. Loko Winter-Raps 214-216 M., Winter-Rüb 210-212 M.

Rübel per 100 Kilogr. mit Fah. Termine fest. Gefündigt — 8 Kr. Kündigungspriis — M. Loko mit Fah — M. ohne Fah — M. per diesen Monat — M. per Juli-August —, per August-Septbr. —, per Sept.-Okt. 48,5-48,4-48,5 bez., per Okt.-Novbr. 48,7 M. per Novemb.-Dez. 48,9 M. per April-May 1894 49,5 M.

Trockene Kartoffelstärke v. 100 Kilo brutto incl. Sac. per diesen Monat 18,75 M. — Feuchte Kartoffelstärke per 100 Kilo brutto incl. Sac. per diesen Monat —.

Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto incl. Sac. per diesen Monat 18,74 M.

Petroleum ohne Handel.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe. Ohne Handel. Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gef. — Liter Kündigungspriis — M. Loko ohne Fah 36,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe. Ohne Handel. Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Fest und höher. Gefündigt 20000 Liter. Kündigungspriis 35 M. Loko mit Fah —, per diesen Monat und per Juli-August 34,8-35,1 bez., per August-Septbr. 34,9-34,8-35,2 bez., per Sept. 35,2-35,5 bez., per Nov.-Dez. 34,4-34,8 bez.

Weizenmehl Nr. 00 22,00-20,00 bez., Nr. 0 19,75-17,75 bez. Feine Marken über Mottz bezahlt.

Roggemehl Nr. 0 u. 1 19,00-18,25 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 20,25-19,00 bez., Nr. 0 1,5 M. höher als Nr. 0 u. 1 p. 100 Kilogr. br. incl. Sac.

Feste Umrechnung: 1 Livré=Sterling = 20 M. 1 Dol = 4½ M. 100 Rub = 320 M. 25 Gulden österr. 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden hell. W. 1 M. 70 Pf. 1 France oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.
Bank-Diskonto Wechs. v. 13. Juli.
Cöln-M. Pr.-A. 3½% 132,00 G. Dess. Präm.-A. 3½% 120,40 G. Ham.-T. 20,40 G. Lüb. 50 T.-L. 3½% 128,25 G. Wien 8 T. 84,00 G. Petersburg, 4½% 3½% 215,00 G. Warschau 4½% 8 T. 215,30 G.
In Berl. 4. L. — 27½ G.
Geld, Banknoten u. Coupons.
Europäische 20,39 G. 20 Francs-Stück... 16,92 G. Gold-Dollar... 4,1825 G. Engl. Not. 1 Pf. 20,42 G. Franz. Not. 100 Fros. 81,10 G. Destr. Notes 100 fl. 165,00 G. Russ. Notes 100 R. 245,65 G.
Deutsche Fonds u. Staatspap.
Dtsche. R.-Anl. 4% 107,70 G. do. do. 3½% 100,75 G. do. do. 3% 86,40 G. Prs.-cons. Anl. 4% 107,60 G. do. do. 3½% 101,10 G. do. do. 3% 86,60 G. Gts.-Anl. 1868 4% 101,75 G. Gts.-Schild-Sch. 3½% 100,00 C. Brot.-Disk. 4,1825 G. Brot.-Disk. 3½% 99,50 G. do. do. neue 3½% 99,70 B.
Asiatische Fonds.
Argentin. Anl. 5% 48,50 B. do. 1888 4½% 38,90 G. Bukar-Stadt-A. 5% 97,75 B. Buen.Air. Obl. 5% 36,80 G. Chines. Anl. 5½% 105,90 G. Dän.-Sta.-A. 3½% 95,60 G.
Egypt. Anleihe
3% 1890 3½% 93,25 G. do. do. 4% 94,00 G. do. Dairea-S. 4% 101,70 G.
Finnland.
Griech. Gold-A. 5% 43,25 G. do. oons. Gold 4% 31,60 G. do. Pir.-Lar. 5% 100,40 G.
Italien. Rente. 5% 89,50 G. Kephani-St. A. 3½% 93,25 G. Mexikan. Anl. 6% 58,50 G. Mosk.-Stadt-A. 5% 68,60 G.
Norw.-Hyp.-Obl. 3½% 93,00 G.
Trk. 400 Pro. —
do. Eg-Trib-Anl. 4½% 95,60 B. Ung. Gld.-Rnt. 4% 95,60 B. do. Gld.-Inv.-A. 5% 101,70 G.
do. Papier-Rnt. 4% 101,70 G.
do. Tem.-Btg.-A. 5% 106,75 G.
Wiener C.-Anl. 5% 106,75 G.
Australische Fonds.
Argentin. Anl. 5% 48,50 B. do. do. 4½% 38,90 G. Bukar-Stadt-A. 5% 97,75 B. Buen.Air. Obl. 5% 36,80 G. Chines. Anl. 5½% 105,